

**FBP-TERMINE**

**Senioren-Weihnachtshock der FBP Mauren-Schaanwald**

MAUREN – Am nächsten Mittwoch, den 11. Dezember findet im Sitzungszimmer des Schulhauses Mauren um 20.15 Uhr (nach der Abendmesse) der letzte Hock in diesem Jahr statt und zwar im Rahmen einer kleinen Weihnachtsfeier. Wie schon in den früheren Jahren wird uns ein Zitherquintett, das uns allen ja schon bekannt ist, mit vorweihnachtlichen Weisen unterhalten. Dazwischen wird Zenz Wohlwend mit ihren in Eigenregie erstellten Versen und Gedichten den Abend literarisch bereichern. Unser Maurer Lektor und Oberministrant Dominik Matt hat sich nach weihnachtlicher Lektüre umgesehen und wird einiges daraus zum Besten geben.

Als prominente Gäste haben sich unser Vorsteher-Kandidat Freddy Kaiser und der amtierende Vorsteher Johannes Kaiser angemeldet.

Bei Glühwein, Kaffee und dem Genuss von «Birazelta», Christstollen etc. werden wir sicher in vorweihnachtliche Stimmung versetzt und einen gemütlichen Abend miteinander verbringen.

Wer wünscht, dass er von zu Hause abgeholt und wieder nach Hause gebracht wird, möge sich beim Seniorenobmann Gebhard Kieber, Tel. 373 25 18, melden. Wir laden alle Seniorinnen und Senioren zu diesem Hock ein und freuen uns über zahlreichen Besuch. FBP Mauren-Schaanwald, G. Kieber, Seniorenobmann

**«Familia-Zmorga» der FBP Eschen am 15. Dezember**

ESCHEN – Die FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln lädt alle Einwohnerinnen und Einwohner von Eschen und Nendeln zu einem gemütlichen «Familia-Zmorga» ein. Jung und Alt treffen sich am Sonntag, 15. Dezember 2002, ab 10.30 Uhr im Café Hoop. In der Spielecke warten viele Überraschungen für die Kleinen.

Auf ein gemütliches Beisammensein freut sich die FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln und bittet um telefonische Anmeldung bei Daniel Meier, Nendeln, Telefon: 373 50 31, oder E-Mail: meier-getraenke@adon.li. Wenn gewünscht, werden Seniorinnen und Senioren auch von zu Hause abgeholt. FBP Eschen-Nendeln

**KURZMELDUNG**

**Mehr als 400 Vorschläge zum «Wort des Jahres»**

VADUZ – Liechtenstein sucht das «Wort des Jahres»: Nur noch bis morgen Donnerstag, den 12. Dezember (13 Uhr) besteht die Möglichkeit, via Internet [www.wort.li](http://www.wort.li) in acht verschiedenen Bereichen Vorschläge für jene Ausdrücke zu machen, die für das Jahr 2002 in Liechtenstein typisch wären.

Gekürt wird auch das «Unwort des Jahres» und der «Satz des Jahres». Weitere Infos zur Wahl unter [www.wort.li](http://www.wort.li). Die Sieger-Worte werden am 19. Dezember bekannt gegeben. (Eing.)

**Unterschiedliche Bewertung**

**Kommissionsbericht und Minderheitsbericht der Verfassungskommission**

VADUZ – Der Landtag hat sich am 18. Dezember unter anderem mit den Berichten der Verfassungskommission zu befassen. In Kommissionsbericht und Minderheitsbericht werden die Verhandlungserfolge teils unterschiedlich bewertet.

• Martin Frommelt

Die inzwischen vom Fürstenhaus angemeldete Verfassungsinitiative entspricht inhaltlich dem, was in den Gesprächen zwischen Fürstenhaus und Kommission erreicht werden konnte. Die drei FBP-Kommissionsmitglieder haben diesem Vorschlag «als Gesamtpaket zugestimmt». Laut Bericht erklärten die beiden VU-Kommissionsmitglieder dagegen, dass sie diversen Bestimmungen im Sinne eines Kompromisses hätten zustimmen können, dies aber nur unter der Voraussetzung, dass auch in den vier zentralen Punkten ein für beide Seiten tragbarer Kompromiss gefunden hätte werden können.

**Vier Hauptknackpunkte**

Bei den vier Hauptknackpunkten handelt es sich um die Artikel 10 (Notverordnungen), 80 Abs. 1 (Regierungsentlassung), 96 Abs. 1 (Richterernennung) und 112 (Auslegungskompetenz des Staatsgerichtshofes). Im Ergebnis haben die beiden VU-Vertreter dem Entwurf folglich nicht zugestimmt. Da diese auch mit dem Bericht der Kommissionsmehrheit nicht einverstanden waren, haben sie einen Minderheitsbericht verfasst. Die gegenüber der Regierungsvorlage vorgenommenen Änderungen, welche die Kommissionsmehrheit veranlasst habe, diesen Verfassungsentwurf nunmehr als tragbaren



Heute in einer Woche wird sich der Landtag mit den Kommissionsberichten und den beiden Verfassungsinitiativen befassen.

Kompromiss anzusehen, seien «nicht von wirklich bedeutsamer Natur», halten die beiden VU-Vertreter in ihrem Bericht fest.

**Notverordnungen**

Im Kommissionsbericht wird darauf hingewiesen, dass Notverordnungen neu zeitlich auf sechs Monate eingeschränkt werden sollen. Gegenüber der Regierungsvorlage wurde auch eine inhaltliche Einschränkung definiert. Es handelt sich dabei um die notstandfesten Rechte gemäss EMRK. Gemäss Minderheitsbericht stellen die vorgenommenen Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage jedoch eine Verschlechterung dar, «da jetzt jede Mitwirkung von Landtag und Volk bei der Überprüfung bzw. Bestätigung einer vom Fürsten erlassenen Notverordnung ausgeschlossen ist...».

**Regierungsentlassung**

Bei der 1. Lesung wurde im

Landtag die Befürchtung geäussert, dass der vorgeschlagene Art. 80 zu einer regierungslosen Zeit führe und man diese allenfalls nur durch Notrecht überbrücken könne. Um dies zu vermeiden, wurde dieser Artikel dahin gehend geändert, dass der Fürst im Falle eines Vertrauenszuges zwingend eine Übergangsregierung nach Art. 79 Abs. 1 und 4 bestellen muss. Diese Übergangsregierung hat sich vor Ablauf von vier Monaten einer Vertrauensabstimmung im Landtag zu stellen, wenn bis dahin nicht schon einvernehmlich eine neue ordentliche Regierung bestellt wurde. Laut Minderheitsbericht ist diese Bestimmung offenbar mehrfach interpretierbar, womit «der Keim für neue Meinungsverschiedenheiten bereits gelegt erscheint». Da ausserdem nicht konkretisiert werde, dass es sich um einen Vertrauensverlust durch die Amtsführung handeln müsse, befindet sich die Regierung bei Annahme dieser Bestimmung

inskünftig «in einer sehr abhängigen und dadurch labilen Lage».

**Richterernennung**

Im Kommissionsbericht wird darauf verwiesen, dass das Richterauswahlgremium neu paritätisch besetzt sein soll. Diese Begrenzung der vom Fürsten zu entsendenden Mitglieder wird im Minderheitsbericht befürwortet. Im gleichen Zug wird jedoch kritisiert, dass dem Landesfürsten neu ein Stichentscheid eingeräumt wird und dass das Gremium Kandidaten nur mit Zustimmung des Landesfürsten an den Landtag empfehlen kann: «Im Ergebnis würde es sich daher bei den Empfehlungen dieses Gremiums immer um Empfehlungen des Landesfürsten handeln».

**Staatsgerichtshof**

Hinsichtlich der De-facto-Aufhebung von Art. 112 (Auslegungskompetenz des Staatsgerichtshofes) gingen die Meinungen in der Kommission diametral auseinander. Die eine Meinung (FBP-Vertreter) geht davon aus, dass Art. 112 LV nicht operabel sei, da es dem Staatsgerichtshof ohnehin verwehrt sei, die Verfassung allgemein verbindlich auszulegen. Dies sei gemäss Art. 111 Sache des Verfassungsgesetzgebers. Art. 112 konkurriere daher mit Art. 111 Abs. 2 und sei daher aufzuheben. Demgegenüber sieht die andere Seite (VU-Vertreter) in der Aufhebung von Art. 112 eine Kompetenzbeschneidung des Staatsgerichtshofes, wobei Art 112 von Art. 111 Abs. 2 klar zu trennen sei. Art 112 beinhalte keine Kompetenz zur allgemein verbindlichen Auslegung der Verfassung, weshalb er Art. 111 Abs. 2 nicht entgegenstehe.

**Verstärkter Kampf gegen den Terrorismus**

**Regierungsrat Ernst Walch am OSZE-Ministertreffen**

VADUZ – Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) will den Kampf gegen den internationalen Terrorismus unter Führung der Vereinten Nationen fortsetzen und verstärken.

Die Aussenminister der 55 OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter Regierungsrat Ernst Walch, verabschiedeten am 7. Dezember in Porto, Portugal, die OSZE-Charta zur Bekämpfung des Terrorismus sowie die Umsetzung der konkreten Aktivitäten der OSZE zur Terrorismusbekämpfung. So soll die OSZE insbesondere ihre Aktivitäten im Polizeibereich, bei der Grenzsicherheit, bei der Bekämpfung des Menschenhandels und der Terrorismusfinanzierung weiterverfolgen. Die Minister unterstrichen zudem die Bedeutung der

Respektierung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Förderung der Menschenrechte und der Toleranz, um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Regierungsrat Walch betonte in seiner Rede, dass Liechtenstein im Rahmen der Terrorismusbekämpfung alles unternommen habe, um seinen Finanzplatz in Ordnung zu halten. «Liechtenstein hat seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter Beweis gestellt und dafür auch Anerkennung erhalten. Liechtenstein hat dafür erhebliche Ressourcen aufgebaut und zur Verfügung gestellt. Ich bin der Ansicht, dass es jetzt wichtig ist, alle Staaten auf gleichen Standard zu bringen, bevor neue Verpflichtungen eingegangen werden. Wird dieser nicht einheitlich verlangt, ergeben sich Wettbewerbsnachteile für jene,

die eine lückenlose Compliance ernst nehmen. Dabei ist es uns als wirtschaftsliberales Land ein Anliegen, die Bürokratie schlank und effizient zu halten», so der liechtensteinische Aussenminister.

Der Ministerrat hat weiter eine Reihe von Beschlüssen zu den Konflikten in der OSZE-Region, zur Reform und zur Stärkung der Organisation sowie zur politischen Arbeit der OSZE im kommenden Jahr gefasst. So sollen sich die OSZE-Teilnehmerstaaten verstärkt der Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Förderung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung widmen. Die wirtschaftliche Dimension der OSZE soll gestärkt werden. Um den neuen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität entgegen treten zu können, soll im Rahmen der OSZE

eine umfassende Strategie entwickelt werden. In der OSZE soll ausserdem jährlich eine Konferenz abgehalten werden, die sich Sicherheitsfragen widmet. Die Minister beauftragten den Ständigen Rat der OSZE zudem mit der Überprüfung der Wahlnormen und der Rolle der OSZE im Bereich friedenserhaltender Operationen. Portugal übergibt den Vorsitz der OSZE mit Beginn des neuen Jahres an die Niederlande.

Regierungsrat Walch nutzte den Ministerrat auch für verschiedene informelle Gespräche mit anderen Aussenministern. (paff)

ANZEIGE  
AllwetterSchuhe  
**SCHUHRISCH**  
Landstrasse 31 | FL-9494 Schaan | T +423 237 59 00

ANZEIGE

**Haben SIE die Initiative des Fürstenhauses unterschrieben?**